

Bedeutung der Studie "TTIP vor Ort" für die aktuelle Diskussion um das EU-Kanada-Abkommen CETA

Der Auftrag der Studie war eine Analyse der voraussichtlichen Auswirkungen von TTIP, auf der Grundlage der bisher bekanntgewordenen Dokumente. Es leistet keine Detailanalyse des CETA-Abkommens.

Politisch steht jedoch das EU-Kanada Abkommen CETA zuerst zur Entscheidung an. Das fertig verhandelte Abkommen von 500 Seiten und ca. 1000 Seiten Anhang und Begleitdokumente wurde Anfang August von der Tagesschau an die Öffentlichkeit gebracht. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung hat die Bundesregierung den Text an die Bundesländer weitergeleitet mit der Bitte, sich bis Ende August zu äussern. Dabei seien "umfassende Änderungsanträge nicht mehr zielführend".

Die Verhandlungen zu CETA werden voraussichtlich von der EU-Kommission und der kanadischen Regierung am 25./26.9. beim EU-Kanada-Gipfel in Ottawa politisch abgeschlossen. Während Aussagen der Studie zu TTIP Erwartungen sind, die sich auf der Grundlage von Entwürfen formulieren lassen, können zu CETA einige Aussagen gemacht werden auf der sicheren Grundlage eines abgeschlossenen Textes.

Ohne einer Detailanalyse vorzugreifen, möchten wir doch einige Aussagen der Studie hervorheben, die nach einer ersten Sichtung für CETA zu machen sind:

- 1) Die Aussagen der Studie zur **Angreifbarkeit von Umweltauflagen durch Investorenschutz** gelten auch für CETA (siehe dazu Vattenfall gegen Hamburg am Beispiel Moorburg, S. 8).
- 2) Auch für die **Erzwingung der Privatisierung von Sparkassen** bietet CETA Ansatzpunkte (Seite 10 links unten). Einige Bundesländer erlauben es Sparkassen, Stammkapital zu bilden, was u. a. die Ausschüttungen an die Kommunen erhöht. Die Bundesländer haben die Übertragbarkeit des Stammkapitals meist in der Höhe gedeckelt und den Erwerb auf öffentlich-rechtliche Institute beschränkt (d. h. auf Sparkassen, Landesbanken oder deren Verbände). Finanzinstitute - auch deutsche - mit kanadischen Niederlassungen könnten nun auf jene CETA-Regeln pochen, die Beschränkungen ausländischer Kapitalbeteiligungen und der Rechtsform von Investitionen verbieten. Das Abkommen würde ihnen dabei helfen, die Veräußerung des Stammkapitals an Privatbanken durchzusetzen.
- 3) Die Schirmklausel, die den **Investitionsschutz für alle bisherigen Verträge** (Seite 10 rechts unten) sichert, ist zwar in CETA nicht enthalten. Jedoch sind Formulierungen für "fair and equitable treatment" enthalten, die nach Aussagen des kanadischen Professors Gus van Harten (Osgoode Hall Law School, Autor des Fachbuchs "Sovereign Choices and Sovereign Constraints") eine gleiche Wirkung entfalten können.
- 4) Die Aussagen im Kapitel 5 (Seite 14) zur Angreifbarkeit von **Subventionen** (z.B. wurden auf der Grundlage des CETA -Textes getroffen. Dies betrifft kommunale Ausgleichszahlungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser oder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften - sie alle geraten potentiell durch Investitionstribunale unter Beschuss.
- 5) Auch für die Aussagen im Kapitel 6 (Seite 15-16) zur **Ausschreibungspflicht** wurde der CETA-Text herangezogen. Hervorzuheben ist insbesondere das Fehlen von Sozialstandards, d.h. Tariftreue- und Vergabegesetze der Bundesländer wären über CETA angreifbar. Nach dem CETA-Kapitel über das staatliche Auftragswesen müssen Bundesländer und Gemeinden Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und soziale Dienste (Wohnen, Sozialversicherung, Pflege) ab einem Wert von ca. 230.000 EUR transatlantisch ausschreiben.